

Roger de Weck

# Die Kraft der Demokratie

Eine Antwort auf die  
autoritären Reaktionäre

Suhrkamp

SV



Roger de Weck  
Die Kraft der Demokratie

Eine Antwort auf die autoritären  
Reaktionäre

Suhrkamp

Bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation  
in der Deutschen Nationalbibliographie;  
detaillierte bibliographische Daten im Internet über  
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Erste Auflage 2020

© Suhrkamp Verlag Berlin 2020

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das der Übersetzung,  
des öffentlichen Vortrags sowie der Übertragung  
durch Rundfunk und Fernsehen, auch einzelner Teile.

Kein Teil des Werks darf in irgendeiner Form  
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren)  
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages  
reproduziert oder unter Verwendung  
elektronischer Systeme verarbeitet,  
vervielfältigt oder verbreitet werden.

Satz: Satz-Offizin Hümmer GmbH, Waldbüttelbrunn

Druck: GGP Media GmbH, Pößneck

Printed in Germany

ISBN 978-3-518-42931-0

# Inhalt

Einleitung.....	9
I. Im Bann der Reaktionäre, im Sog der Machtwirtschaft ...	21
Das Autoritäre war nie weg und ist zurück 23 – Wenn die Gegenwart Vergangenheit ist: Konservative in der Sinnkrise 26 – Der »bürger- liche« Schulterchluss 30 – »Weniger Demokratie bringt mehr Freiheit« 32 – Von der Marktwirtschaft zur Machtwirtschaft 35 – Demokratie – die nützliche Idiotin? 38 – Deregulierung nährt den Populismus, Populismus dereguliert die Demokratie 41 – Unsichtbare Hand des Markts, harte Hand der Marktradikalen 46 – Der schwere Stand des Mittelstands 50 – Bietet Demokratie keine echten Alter- nativen, sucht man Alternativen zur Demokratie 54 – Die Verwirt- schaftlichung des Denkens 57 – »Die Antwort ist die Autorität der Demokratie, nicht die autoritäre Demokratie« 63 – Die Schweiz: Avantgarde des Populismus 68 – Auf der Suche nach dem verlorenen Bürgertum 75 – Autoritäres liegt in der Luft 79 – Schule der Demokratie 82 – Liberale wider die liberale Demokratie 84 – Demokratie und Sozialdemokratie 91 – Identitätspolitik 92 – Die Postliberalen – und die vier Teilsiege der Reaktionäre 100	
II. Aus dem Arsenal der Reaktionäre .....	105
Politische Korrektheit – eine Nebensache rückt in den Mittel- punkt 106 – »Meinungskorridore« und »Mainstream« 110 – Empfindlich und unerbittlich: Die Kulturkämpfer 116 – Die antikor- rekte Empörungskultur 118 – Andere Zeiten, anderes Deutsch 121 – Ist politische Korrektheit unpolitisch? 125 – Die hoch politische Unkorrektheit 129 – Weltethos, Weltinnenpolitik? Nein, die Nation über alles 133 – Die geistig-amoralische Wende 135 – An allem schuld: Der »Moraladel« 137 – Das deregulierte Ich-Ich-Ich – das nationale Wir-Wir-Wir 140 – Das große reaktionäre Verdrehen 142 – Vordenker	

der Neuen Rechten 146 – Rechts ist männlich 154 – Vaterländisch-  
viriles Raunen 159 – Rückschrittliche prägen die Zukunftsdebatte –  
und den öffentlichen Raum 167 – Die Nation preisen, den Staat  
betrügen 175 – Alles ist »Wahn«, »Hysterie«, »Paranoia«, »Furor« und  
»Terror« 181 – »Kraft durch Hass«: Wenn Rapper Kollegah Alexander  
Gauland hilft 184 – »Fast jede Generation erlebt einen solchen  
Rückschlag« 193

### III. Die Demokraten unterschätzen die Demokratie ..... 197

Seele und Saat der Demokratie 198 – Jede Demokratie ist anders I:  
Westeuropa 200 – Jede Demokratie ist anders II: Mittel- und  
Osteuropa 203 – Das Kommen und Gehen der Ideologien 205 –  
Nie im Lot – Freiheit, Gleichheit, Nachhaltigkeit 206 – Ökodiktatur:  
Mehr Diktatur als öko 208 – Der unedle Weg zum edlen Kom-  
promiss 210 – Niedergang? Die Demokratie ist im Übergang 213 –  
Demokratie als Entdeckungsverfahren 216 – Die hybride  
Aufklärung 218 – Langsamkeit oder Lähmung? 223 – Demokratie  
kann nicht alle Erwartungen einlösen 225

### IV. Zwölf Vorschläge für die Demokratie ..... 231

Konstruktion und Komposition 232 – Damit Gestrige nicht die  
Zukunft kapern 234 – Handeln schafft Hoffnung 283

Europäisches Nachwort ..... 285

Anmerkungen ..... 293

Dank ..... 325

*Meinen Enkelkindern*



## Einleitung

Was ist eine Elite – eine, die hohe Ansprüche erfüllt und den Namen verdient? Sie müsste Vorbild sein, verantwortungsvoll handeln, die Interessen des Gemeinwesens über die eigenen stellen. Der Weitblick darf nicht fehlen, das Denken in übergeordneten Zusammenhängen. Zu viel verlangt? Elite ist nicht Establishment.

Im Gegensatz zur Elite wollen Etablierte weniger die Zukunft mitgestalten als vielmehr die Gegenwart verlängern: den Status quo verewigen, dem sie Macht, Geld, Geltung, Privilegien verdanken. Und dann gibt es noch die sogenannten Promis, reich, schön, oder beides, und manchmal begabt. Prominente (besagt das lateinische Wort) »ragen hervor«, jedoch nicht immer notwendig durch Talent oder Leistung, sondern weil der unersättliche Medienbetrieb sie für verwertbar hält – die einen mehr, die anderen weniger. Es gibt ja auch B-Promis und C-Promis. New York hat sogar D-Promis: *d-list celebrities*. Donald Trump stand anfangs auf der D-Liste.

Trump gehörte weder zur Elite noch zum Establishment, aber er setzte alles daran, im Promi-Alphabet nach vorn zu rücken. Er suchte den New Yorker Medienwirbel, genoss ihn und fand im Fernsehen eine Bühne, die ihn landesweit berühmt machte: die Castingshow *The Apprentice* (Der Lehrling). Donald Trump, Boss und Showmaster, drillte junge Talente, die sich bei ihm um eine Stelle bewarben. Gern demütigte er die Kandidaten, Widerspruch zwecklos. Einmal maßregelte er eine allzu aufrichtige Anwärtlerin. Die rechtfertigte sich, sie sei halt ein ehrlicher Mensch. »Wie dumm ist das«, befand Trump.<sup>1</sup> Sein sonores »You're fired« beschloss die Show – Sie sind entlassen: Einer der Bewerber schied aus. Seit Trump ins Weiße Haus gewechselt ist, feuert er Minister und Mitarbeiter.

Seine Wahl zum Präsidenten der USA stellte ein Paradoxon dar. So wie Trump mit Kandidaten umging, so verfährt der amerikanische Ultrakapitalismus mit all den Überzähligen und Unterqualifi-

zierten ... – die dann Trump wählen. Ausgegrenzte küren den Ausgrenzer. Die Reaktion vieler Verlierer ist die Wahl eines Reaktionärs, der einzig die Gewinner respektiert.

Was steckt dahinter? Alles deutet darauf hin, dass wieder das Recht des Stärkeren angesagt ist. Ausgerechnet seinen despotischen Charakterzügen verdankte Trump den Quotenerfolg im Fernsehen und den Wahlerfolg als Kandidat der Republikaner, die er unterwarf.

Die liberale Demokratie wurde namentlich zu dem Zweck geschaffen, für die Stärke des Rechts zu sorgen, wider das Recht des Stärkeren. Doch mittlerweile sehnen sich viele nach dem »starken Mann«. Sie huldigen ihm, solange er anmaßend und aggressiv auftritt. Das »Volk« bewundert ihn – und das Volk bilden diejenigen, die ihn bewundern. Die anderen gehören nicht dazu. In Trumps Worten sind sie lauter »Volksfeinde«.

In Großbritannien unterscheidet der Rechtspopulist Nigel Farage zwischen dem »wirklichen Volk« und dem Rest. Die Alternative für Deutschland (AfD) stempelt Gegner zu »Volksverrättern«. Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) ortet »Verrat an der eigenen Bevölkerung«. Für die Schweizerische Volkspartei (SVP) übt die Elite »Verrat am Volkswillen«. Als der französische Staatspräsident den Aachener Freundschaftsvertrag mit der Bundesrepublik paraphierte, habe Emmanuel Macron »den Straftatbestand des Verrats« erfüllt, sagte Marine Le Pen, die Chefin des Rassemblement National.<sup>2</sup>

Verräter – das V-Wort ist Programm, es richtet sich gegen die Liberalität. Und »liberal«, dieses Adjektiv ist eindeutiger, als gespottet wird. Es steht für alles, was zur Freiheit aller beiträgt:

- eine Demokratie, in der die Menschen in gleicher Freiheit und freier Gleichheit leben;
- faire Wahlen und Abstimmungen;
- die Menschenrechte, den Rechtsstaat;
- das Aufteilen der Staatsmacht zwischen den Bürgerinnen und Bürgern, dem Parlament, der Regierung und der unabhängigen Justiz, um Übermacht zu verhindern;

- den (vorerst verlorenen) Kampf von Kartellbehörden gegen wirtschaftliche Übermacht;
- die Freiheit zu forschen und die Erkenntnisse in die Debatte einzubringen;
- die Freiheit des Worts, der Meinung, der Medien und der Künste, um diese erkenntnisorientierte Debatte zu ermöglichen;
- die Freiheit, aus der Debatte politische Schlüsse zu ziehen und selbst Politik zu machen oder sich vertreten zu lassen: durch Parteien und Organisationen, die ebenfalls in freier Gleichheit und gleicher Freiheit wirken.

Das ist liberal und macht die liberale Demokratie aus. »Verräter« jedoch verdienen keine Freiheit. Wer mit dem V-Wort um sich wirft, wendet sich gegen die Freiheit aller. Und will eine unfreie Demokratie. Das ist ein Widerspruch in sich. Denn Freiheit ist der Sinn und Zweck des pragmatischen Ideals, das wir Demokratie nennen. Eine unfreie Demokratie ist keine. Illiberale Demokratien sind undemokratisch, also halbe oder ganze Diktaturen – und Diktaturen sind hart, auch die halben.

Lang und länger wird Trumps V-Liste von Oppositionspolitikern, Parteifreunden, hohen Beamten, Offizieren, Strafverfolgern, Whistleblowern, ehemaligen Mitarbeitern, die allesamt Verrat begangen hätten. Die älteste liberale Demokratie der Welt hat einen Präsidenten, der illiberal und undemokratisch handelt. Er beschädigt sie. Aber nur weil sie bereits beschädigt war, hatte einer wie Trump überhaupt eine Chance, gewählt zu werden.

Der Staatschef der Uneinigen Staaten von Amerika meidet die Elite. Dank tiefer Steuern und Deregulierungen hat Trump die Gunst eines beträchtlichen Teils des ökonomischen Establishments gewonnen. Er sonnt sich im Abglanz von Promis wie der Reality-TV-Diva Kim Kardashian. Er beruft sich auf das Volk. Doch in der trump-schen Machtwelt ist etwas Wesentliches nicht vorgesehen: die Bürgergesellschaft, der demokratische Diskurs, ein offenes öffentliches Leben. Die Res publica, die öffentliche Sache, ist Trumps Privatsache. Hauptsache, er herrscht. So hatte er es bereits als *celebrity* gehal-

ten. Das Zelebrieren der Macht ist nun der Kern seiner Politik wie seiner Propaganda. Und die wirkt: Allmählich kommt bei vielen Zeitgenossen die Vorstellung gar nicht mehr auf, dass es zum Recht des Stärkeren eine Alternative gäbe.

Unablässig arbeiten antiliberaler Politiker daran, die Institutionen der liberalen Demokratie schlechtzumachen. In ihrer Propaganda bilden Parlament, Justiz und Medien das Reich des Bösen: des Elitären. Sie sind »volksfern«, weil sie den »volksnahen« Anführer schwächen, seine Macht begrenzen, sein Gebaren beaufsichtigen, ein Impeachment einleiten. All das ist ja gerade ihre Aufgabe. Doch Autoritäre wie Donald Trump vermengen bewusst die demokratischen Institutionen und die darin wirkenden Personen. Die Lawine persönlicher Anwürfe gegen einzelne Abgeordnete, Richter, Staatsanwälte, Journalisten und Notenbanker kann den Blick dafür trüben, dass diese Individuen unabhängige Institutionen vertreten, dass sie einen Dienst an der Demokratie versehen. Dies verkörperten in idealtypischer Weise der erste Whistleblower, der dem Generalinspekteur der US-Geheimdienste die Ukraine-Machenschaften von Donald Trump meldete und damit die Impeachment-Vorermittlungen auslöste, oder der vom Präsidenten viel gescholtene, aber unanfechtbare Sonderermittler Robert Mueller, der fair und hart fragliche Russland-Verbindungen untersuchte.

Denn jenseits der persönlichen Stärken und Schwächen, der Weltanschauung und der Eigeninteressen ihrer Funktionsträger ist die liberale Demokratie dazu da, Allmacht zu verhindern. Sie verteilt nicht nur die Staatsmacht auf die gesetzgebende, die vollziehende und die rechtsprechende Gewalt. Sie ermöglicht es zudem der Opposition, den Interessengruppen und Nichtregierungsorganisationen, den internationalen Organisationen und den Medien, sich Gehör zu verschaffen, Einfluss zu nehmen. Die illiberale Demokratie will all dies verhindern oder erschweren.

Liberaler Demokratie teilt die Staatsmacht in viele Machtstücke. Niemand bekommt ein zu großes Stück, keiner hat mehrere Stücke. Die gestückelte Macht wird in verschiedenen demokratischen Insti-

tutionen eingebettet, so kann sie niemand zusammenfügen und aus einer Hand ausüben. Diese Staatsform ist bestrebt, jede Hegemonie abzuwenden. Das ist nicht die ganze liberale Demokratie, aber es ist ihr Leitgedanke. Eine diametral andere »Leitkultur« hat die illiberale Demokratie: Macht soll sich ungehindert entfalten, das Machtstück kann nicht groß genug sein.

Einst riefen Autoritäre nach der Diktatur. Das tun sie nicht mehr oder, wenn schon, verklausuliert. »Die Rechtlosigkeit hat sich Seidenhandschuhe angezogen«, sagte Friedrich Dürrenmatt 1990. Drei Wochen vor seinem Tod hielt er eine Lobrede auf den Schriftsteller, Dissidenten und Staatspräsidenten Václav Havel. Und meinte, die Herrscher in der »spättotalitären« Tschechoslowakei hätten so gründlich manipuliert, dass sie nicht länger morden und foltern lassen mussten.<sup>3</sup> Wie immer bei Dürrenmatt war der Rückblick zugleich ein Ausblick. Heute wissen Herrschsüchtige, dass eine förmliche Diktatur unnötig ist, wo sich jede sogenannte »Demokratie« autoritär führen lässt. Siehe in Singapur die obrigkeitliche Demokratie, auf den Philippinen die polizeiliche, in Russland die gelenkte, in der Türkei die repressive, in Ungarn und Polen die illiberale Demokratie. Siehe in Brasilien Jair Bolsonaros Kerker-Demokratie, die per Kungelei den linken Präsidentschaftskandidaten Lula einsperren ließ; der Richter, der ihn verurteilt hatte, avancierte zum Justizminister, doch ein Jahr nach der Wahl änderte der Oberste Gerichtshof seine Rechtsprechung und Lula kam frei. Und vierzehn Monate lang sahen wir Italiens Hetzer-Demokratie à la Matteo Salvini.

Schon im Jahr 1923 schrieb Carl Schmitt, der Jurist und spätere Staatsdenker der Nazis: »Eine Demokratie kann militaristisch oder pazifistisch sein, absolutistisch oder liberal, zentralistisch oder dezentralisierend, fortschrittlich oder reaktionär, und alles wieder zu verschiedenen Zeiten verschieden, ohne aufzuhören, eine Demokratie zu sein.«<sup>4</sup> Zu lesen in dem Band *Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus*, dessen zweite Auflage er mit einer »Vorbemerkung über den Gegensatz von Parlamentarismus und Demokratie« versah. Carl Schmitt ist heute die Lichtgestalt reaktionärer Publizisten.

Die illiberale Demokratie ist die Demokratie der Antidemokraten – und eine neue Art, Diktaturen zu legitimieren. In der demokratischen Hülle steckt die Fülle des Autoritären. Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán führt das mit verschlagener Brutalität vor. Das Idol der Reaktionäre in Europa beschwört die »christlich-abendländische« Vergangenheit – »und in diesem Sinn ist der neue Staat, den wir in Ungarn bauen, kein liberaler Staat, sondern ein illiberaler«. Orbán vollzieht den »Systemwechsel« zur neuen »Staatsform, die am besten fähig ist, eine Nation erfolgreich zu machen«, so die wichtigste Rede seiner bisherigen Amtszeit im Juli 2014.<sup>5</sup> Liberale Demokratie baue »auf dem Gedanken auf, dass wir alles tun dürfen, was die Freiheit des Anderen nicht einschränkt«. Er hingegen mache die Freiheit »nicht zum zentralen Element der Staatsorganisation«. Ungarn müsse sich »von den in Westeuropa akzeptierten Dogmen und Ideologien lossagen«. Denn die siegreichen »Stars« im Wettlauf um die beste Staatsform seien »Singapur, China, Indien, Russland, die Türkei«. Orbán fuhr fort: Das Volk erwarte von ihm, »die neue Organisationsform des ungarischen Staats [...] zu schmieden«. Und in dieser Arbeit gebe er, bei aller »Berücksichtigung« der Menschenrechte und der Individuen, etwas anderem den Vorrang: der Nation als »Gemeinschaft, die organisiert, gestärkt, ja sogar aufgebaut werden muss«. Im Juli 2019 zog der Ministerpräsident eine erste Zwischenbilanz: Die Errichtung seiner Autoritärdenokratie werde weitere fünfzehn Jahre beanspruchen.<sup>6</sup> Dann ist Orbán erst siebzig Jahre alt.

Unter den Gegnern der liberalen Demokratie finden sich Freunde der Diktatur und die neuen Autoritärdenokraten. Die Grenzen sind fließend, aber in allen Ländern relativieren, strapazieren, ignorieren sie die Menschenrechte. Alle teilen den Willen zur Willkür. Und fast alle sind Nationalisten. Medien nennen diese Kräfte »rechtsbürgerlich« oder »nationalkonservativ«. Das ist ungenau. Bürgerliche nämlich sind stolz auf die schönste, fragilste Errungenschaft bürgerlicher Revolutionen des 18. Jahrhunderts: die Menschenrechte. Konservative möchten das Bestehende bewahren, und das ist vorderhand die bedrängte liberale Demokratie.

Ein brauchbarer Sammelbegriff ist »Neue Rechte«, so wie die Neue Linke im Jahr 1968 aufbegehrte und lang weiterwirkte. Die 68er gossen alte linke Denkmuster in neue Formen und sie entwickelten neue Denkmuster. Nun imitiert das im Westen die Neue Rechte, wobei ihr glänzende Intellektuelle fehlen. Auch sie setzt auf – allerdings humorfreie – Provokationen: Sie will nämlich die Gesellschaft verhärten, wo die Neue Linke lustvoll das Bürgerlich-Rigide gelockert hatte. Neurechte rufen ebenfalls eine Revolution aus, ihre »Konservative Revolution«. Sie wollen »Begriffe besetzen«. Und diese Kämpfer für die Rückkehr zur Willkür bilden genau wie die Neue Linke eine buntscheckige Schar. Dazu zählen Rechtspopulisten, Rechtsradikale, Rechtsextremisten (samt den Neonazis, Identitären oder »Reichsbürgern«) und Rechtsterroristen. Frankreich hat seine nicht neue Nouvelle Droite. In den USA ließen sich die Neokonservativen von evangelikalischen Eiferern und der Tea-Party-Bewegung rechts überholen.

Die gedanklich radikalsten Neurechten, wiewohl sie gediegen aufzutreten pflegen, sind die »Libertären«, die so tun, als seien sie konsequente Liberale. Sie träumen von der Gründung »staatsfreier Privatstädte«. Am liebsten möchten sie zugunsten des Markts den demokratischen Staat nahezu einreißen. Ohne den Rechtsstaat gilt dann die eigengesetzliche Führerschaft der Marktmächtigen: das Gesetz der wirtschaftlich Starken, die sozial Schwache ausmustern oder ausbeuten. Unterdrückung im Namen der Freiheit – das Muster ist allen Neurechten gemein.

Diese Kräfte sind unterschiedlich populistisch, unterschiedlich radikal, unterschiedlich extremistisch, unterschiedlich neu, unterschiedlich rechts, in sehr unterschiedlichem Ausmaß antiliberal, illiberal, marktfundamental und national. Sie haben sich in den verschiedenen Ländern ganz verschieden ausgeprägt. Aber wie Viktor Orbán neigen sie allesamt zu autoritären »Staatsformen« (die Libertären zur Marktdiktatur).

Und so erweisen sich die Neuen Rechten als Reaktionäre, das ist der zweite Sammelbegriff. Wer im Europa und im Amerika des

21. Jahrhunderts das Autoritäre wieder hervorholt, ist anachronistisch. Wenn Regierende nach Gutdünken schalten und walten, ist es ein Rückschritt. Reaktionär waren die Gegner der jungen liberalen Demokratien, deren erste 1776 in Gestalt der Vereinigten Staaten entstand. Gestrig sind heutige Gegner der liberalen Demokratie, weil sie dem Westen kein anderes Zukunftsmodell bieten als das uralte Muster, das noch jedes Mal Stillstand, Willkür und Unbill heraufbeschwor: Ballung statt Teilung der Macht.

Freiheit sei die »Unabhängigkeit von eines Anderen nöthiger Willkür«, schrieb 1797 Immanuel Kant, der Philosoph der Aufklärung.<sup>7</sup> Wer hinter die klug erarbeiteten, hart erkämpften politischen Errungenschaften dieser Aufklärung zurückfällt, ist reaktionär. Und wird in diesem Buch so genannt, egal, ob er extremistisch, radikal oder »bloß« rechtspopulistisch ist.

Der Reaktionär, er reagiert. Er verkörpert die andauernde Reaktion auf die epochale Aktion, die in der Geistesgeschichte Aufklärung heißt. Und die bis heute in schönster »Geistesgegenwart« zweifelt, fragt, forscht, debattiert, lernt, entdeckt und entwickelt, also Aktion bleibt. So etwas können nur eigenständige Menschen leisten, möglichst mündige Bürgerinnen und Bürger eines möglichst selbstbestimmten Gemeinwesens, das sich von niemandem lenken lässt. Ohne es für die absolute Wahrheit zu halten, nehmen sie das Wissen der Wissenschaften ernst: zum Beispiel die Erkenntnisse der Umweltwissenschaften.

Die Aufklärung ist nicht Zustand, sondern Suche, an ihrem Anfang steht der Zweifel. Die liberale Demokratie, Kind der Aufklärung, muss denn auch deshalb jeder Übermacht wehren, weil Machtmenschen – seien sie nationalistische Anführer, seien sie transnationale Wirtschaftsführer – in der Regel zu wenig zweifeln. Demgegenüber sollte die liberale eine lernende Demokratie sein: sich infrage stellen, selbstkritisch ihre Schwächen sehen und ausbessern, sich fortentwickeln, bei Bedarf neue Felder der Politik demokratisieren, um auf der Höhe der Zeit zu bleiben. Nur so lässt sich das demokratische Prinzip durch alle Umbrüche von Gesellschaft, Wirtschaft und Technik behaupten.

Offenkundig aber überwiegt die Macht der Gewohnheit: Seit Langem unterlassen es die Demokraten, die Institutionen und Verfahren der liberalen Demokratie zu modernisieren. Ebenso wenig suchen sie neue Machtmittel, um auch in der digital-globalen Zukunft den Primat der Demokratie über die Ökonomie zu sichern. Big Business und Big Data haben fusioniert. Der neoliberale und der diktatorische Kapitalismus *made in China* sind fortan unzertrennlich. Das bleibt nicht ohne Folgen: Der Welt der Konzerne wird die demokratische Logik noch fremder. Im Bann der Megamacht von Global Players, die wenig Selbstzweifel hegen und die Politik als ihre Dienstleisterin betrachten, erwuchs aus der liberalen die neoliberale Demokratie. Ökonomie lenkt Demokratie. Verkehrte Welt: Die Wirtschaft reguliert den Staat. So war's ganz und gar nicht vorgesehen.

Aber die Demokratie hat sich angedient, statt sich zu erneuern. Sie ist stehen geblieben. Das war ein Geschenk an die Illiberalen: Kaltblütig nutzen sie die Schwäche der nicht mehr ganz so liberalen Demokratie. Seit der gewaltigen Finanz- und Vertrauenskrise von 2008, die andauert, haben sie noch leichteres Spiel. Doch selbst als diese Krise die Handlungsschwäche und Überforderung der Demokratien offenlegte, blieb die Debatte über unerlässliche Demokratiereformen aus. Nur Wirtschaftsreformen standen zur Diskussion.

Das Jahr 2008 brachte den ersten globalen Einbruch der Wirtschaftsgeschichte. Anders als in der Großen Depression von 1929 erbeben alle Weltregionen. Es war kein üblicher Abschwung der Konjunktur, sondern ein zweifaches Systemversagen: eine Krise der Ökonomie und eine Krise der Politik, die das Ausrasten der Ökonomie ermöglicht hatte. Wirtschaftshörig – und bis heute leicht fatalistisch – hatte die neoliberale Demokratie dem Kapitalismus freie Hand gelassen, worauf dieser außer Rand und Band geriet: In den Worten des Wirtschaftsethikers Peter Ulrich fehlte sowohl der »Rand«, der Sinn für die Grenzen von Marktmacht und Gewinnmaximierung, als auch das »Band« zur Bürgergesellschaft: das elementare Gefühl dieser globalen Spieler für ihre Verantwortung gegenüber der Demokratie.<sup>8</sup>

Freilich darf die Tugendkritik an maßlosen Wirtschaftsführern (abgesehen davon, dass der Mittelstand maßvoll blieb) nicht von der relevanteren und konstruktiveren Systemkritik ablenken: Nur eine renovierte, erstarkte Demokratie kann den Primat der Politik durchsetzen. Doch einer Diskussion über Umbauten des politischen Systems weichen die planlosen konservativen, liberalen und linken Parteien weitgehend aus, obwohl es um ihre Existenz geht. Die meisten Politikerinnen und Politiker wollen die neue Lage nicht wahrhaben: Aus dem Kapitalismus ist der heutige Ultrakapitalismus geworden, der die liberale Demokratie schwächt. Die Mutter aller Deregulierungen, die Freiheit des Kapitalverkehrs, war ein kolossaler Machtgewinn für die Wirtschaft, ein gewaltiger Machtverlust für die nationalen Demokratien und die wenig ausgereifte europäische Demokratie. Seitdem zieht das Kapital einfach woandershin, wenn Parlament und Regierung nicht spüren.

Die liberale Demokratie ist dermaßen erpressbar geworden, dass sie das vollends internalisiert und sie den Stolz verloren hat. In voraus-eilendem Gehorsam frönt sie dem Standort- und Steuerwettbewerb, also dem liebedienerischen Buhlen um die Gunst der Unternehmen. Wie viel kleiner sind da der Gefühlsraum und der finanzielle Spielraum, um all jene Menschen einzubinden, die der global-digitale Ultrakapitalismus aufs Abstellgleis geschoben hat. Oder die gekränkt sehen, dass ihre Kenntnisse nach und nach irrelevant werden, ihre analoge Arbeit zweitrangig, ihre Region noch peripherer wird. Bald nagt das Ressentiment, auch von der Demokratie ausrangiert zu werden, zumal wenn die Hilfe und Aufmerksamkeit der Politik nachlassen. Wer sich als Restposten vorkommt, sucht Anerkennung bei Reaktionären, die Identität stiften und mit Nigel Farage beteuern: Du bist nicht Rest, du bist Volk, die anderen sind der Rest. Dabei bestärken neurechte Gruppen den »entwerteten Mann« (Walter Hollstein) darin, ein Macho zu bleiben.<sup>9</sup> Und sie spenden das Gemeinschafts- und Wohlgefühl, ein Macho unter Machos zu sein. Reaktionäre Parteien haben mehr Wähler als Wählerinnen – und mehr Dörfler als Städter.

AfD & Co. lenken den soziokulturellen und wirtschaftlichen Unmut geflissentlich auf die demokratischen Politikerinnen und Politiker: nie auf das Wirtschaftssystem, das die drastische Ungleichheit erzeugt. Neurechte stützen den Ultrakapitalismus, der viel Geld von unten nach oben umverteilt, indem sie die Bürger »drinnen« gegen die Migranten »draußen« aufbringen. Donald Trump wettert zwar gegen die Elite, aber dieser Präsident der kleinen Leute hat die Besessergestellten noch besser gestellt. Vier Fünftel der Steuersenkungen zu Beginn seiner Amtszeit gingen an die Reichen.

Wie alle Reaktionäre lockt und verprellt Trump die Verlierer, die Vergessenen. Die nächste Welle der großen Enttäuschung ist nur eine Frage der Zeit. Hintergangene und Übergangene werden sich weiter radikalisieren. Oder aber zu einer erneuerten liberalen Demokratie zurückfinden? Diese müsste willens sein und befähigt werden, ihre Aufgabe zu erfüllen: der Wirtschaft vernünftige, faire Rahmenbedingungen zu setzen.

Vorderhand ist der Ultrakapitalismus so viel stärker als die Demokratie, dass er sie in Krisen gleich zur Kasse bitten kann; 2008 hatte die Allgemeinheit einen Teil der privaten Verluste zu tragen. Das kostete Geld und Glaubwürdigkeit. Trotzdem ist keine breite Diskussion über unerlässliche Reformen der liberalen Demokratie aufgekommen. Sporadisch werden Chancen, Risiken und Nebenwirkungen der direkten Demokratie erörtert. Gut so. Aber auch in der direktdemokratischen Schweiz ist das Kernproblem ungelöst: das Machtgefälle zwischen Ökonomie und Demokratie.

*Der erste Teil* dieses Buchs erörtert die Gründe für den gleichzeitigen Aufmarsch des Ultrakapitalismus und der Neuen Rechten. Viel gefährlicher als die Lautstärke der Reaktionäre ist die Schwäche von Konservativen, Liberalen und Linken, schleichend verunsichert, nicht immer standfest, ganz ohne Vorstellung einer zukunftstauglichen Demokratie. Viele machen sich bereitwillig die reaktionäre Kritik am Aufgeklärten zu eigen.

*Der zweite Teil* schildert Grundmuster, Methoden und Vorgehen der Reaktionäre in ihrem Kulturkampf (wider die liberale Demokra-